

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hat Frau Merkel sich endlich doch in der Lage gesehen, eine Regierungserklärung abzugeben. Doch wie schon zu erwarten war, ist sie nicht konkret geworden. Schöne Worte und kein Klartext. Schon dem Koalitionsvertrag war abzulesen, dass die Regierungskoalition keine Antworten auf die grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft gibt.

Unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier hat der schwarz-gelben Regierung in seiner kämpferischen Rede vorgeworfen, dass sie die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt. Schwarz-Gelb heißt Steuersenkungen auf Pump, Schuldenpolitik im Blindflug, Schwächung der Schwachen, Stärkung der Starken, Perspektivlosigkeit ganzer Regionen, Ausbluten der Kommunen. Schwarz-Gelb ganz klare Klientelpolitik. Mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ werden Geschenke an Steuerberater, Ärzte, Erben und Hotelketten verteilt. Bei der Gesundheitspolitik betreibt die neue Regierung den Ausstieg aus der Solidarität, mit ihrer Arbeitsmarktpolitik wird die Schere zwischen gut und schlecht verdienenden Arbeitnehmern weiter auseinandergehen.

Nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise braucht Deutschland einen Aufbruch. Die Regierung Merkel verweigert diesen. Sie haben kein Konzept für die Zukunft, ihre Weichenstellungen gehen in die falsche Richtung, wichtige Entscheidungen werden vertagt. Sie bewegen sich weg von einer modernen, sozialen und ökologischen Gesellschaft. Wir Sozialdemokraten werden uns dagegenstellen. Wir wollen eine Gesellschaft, die allen Menschen Chancen eröffnet. Eine Gesellschaft, die ihre Kraft aus der Solidarität bezieht, in der Bildung kein Luxusgut ist. Die alle Menschen, egal woher sie stammen, willkommen heißt. Dafür werden wir kämpfen.

Eure Petra Ernstberger

## Inhaltsverzeichnis

---

- 02 **Topthema: Regierungserklärung**
- 05 Arbeitsteilzeitgesetz
- 06 Zukunftsverhinderungsgesetz
- 07 Fraktion fordert Kommunalausschuss

---

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** VERA NICOLAY, NICOLA HELLER, ANJA LINNEKUGEL, STEFAN SCHUTZ,  
**TELEFON** (030) 227-510 99 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 12.11.2009, 12.00 UHR

## REGIERUNGSERKLÄRUNG

# Schwarz-Gelb gibt Rätsel auf und spaltet das Land

Gut 14 Tage seit ihrer Wahl zur Kanzlerin war Angela Merkel dem Parlament ihre Regierungserklärung schuldig geblieben. Wie zu erwarten schaffte auch ihre erste Rede als Kanzlerin der schwarz-gelben Regierung genauso wie der Koalitionsvertrag keine Klarheit darüber, wohin die Reise mit Union und FDP wirklich gehen soll.

### Grandioser Fehlstart

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, entgegnete Merkel in seiner Rede, sie habe keine Regierungserklärung, sondern ein Regierungsrätsel abgegeben, dessen Lösung sie selbst nicht kenne. Das selbsternannte Traumpaar der Politik sei auf alles vorbereitet gewesen, nur nicht darauf gemeinsam zu regieren. Katastrophaler hätte der Fehlstart nicht sein können. Die Koalitionsvereinbarung sei „ein einziges Dokument der Vertagung und Verunsicherung“, so Steinmeier. Alle schwierigen Entscheidungen seien vertagt worden. Allein acht Kommissionen und 15 Prüfaufträge fänden sich im Koalitionsvertrag. Und kaum sei die Tinte trocken gewesen, sei zu Nachverhandlungen eingeladen worden. Wenn alles wahr würde, was Schwarz-Gelb geplant habe, dann würden Union und FDP vom Traumpaar zum Traumtänzerpaar.

### Schwarz-Gelb vernebelt Spaltung der Gesellschaft

Steinmeier warf Merkel vor, die Menschen bewusst darüber im Unklaren zu lassen, was ihnen aufgebürdet wird. „Vernebeln als Strategie hat in dieser Koalition und dieser Koalitionsvereinbarung Methode“, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende fest. Hatte die Kanzlerin zu Beginn ihrer Erklärung beschworen, Union und FDP wollten kurzfristig die Krise bewältigen und langfristig „Weichen für das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stellen“, hielt Steinmeier ihr entgegen: „Da sind Weichen für eine andere Republik gestellt.“ Der Koalitionsvertrag ziehe neue Mauern hoch. Durch eine Rekordverschuldung seien Spaltungen zwischen dieser Generation und den kommenden Generationen angelegt. Außerdem spalte die Koalition zwischen den Kindern mit reichlich Chancen und den Kindern mit wenigen Chancen. Im Gesundheitswesen werde die Axt an das Solidarprinzip gelegt. Die schwarz-gelbe Koalition gefährde den sozialen Zusammenhalt. Mit der Rückkehr zur alten Atompolitik treibe das Land in den damaligen gesellschaftlichen Großkonflikt zurück. Die Kanzlerin baue keine Brücken, sie hebe Gräben aus.

### Schwarz-Gelb verhindert Zukunft durch Klientelpolitik

Die Koalition wolle Deutschland stärken und den Zusammenhalt des Landes festigen, behauptete Merkel. Wachstum nannte sie als Weg dorthin. Dazu beginne die Regierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. „Allein für diese Maßnahmen muss der Bund bis 2013 rund 3,9 Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlen“, kritisierte Steinmeier. Dieses Geld fehle für Forschung und Investitionen. So entstünde kein Wachstum, so verhindere man es und mache die Zukunft kaputt. Das Gesetz sei ein Zukunftsverhinderungsgesetz. Schwarz-Gelb mache keine Konjunktur-, sondern Klientelpolitik. Millionen von Menschen bangten um ihre Zukunft und Merkel und ihre Koalition verteilten Geschenke an Steuerberater, Erben, Ärzte und Hotelketten.

### Ökonomische Geisterfahreei durch Steuergeschenke auf Pump

Steinmeier verstehe nun, was Merkel gemeint habe, dass die Union mit der FDP nun all das machen könne, was mit der SPD nicht möglich gewesen sei: Zusätzliche Schulden in Rekordhöhe für Steuersenkungen, die nicht zu finanzieren sind. Damit das nicht auffällt, wollte Schwarz-Gelb die Schulden in einem riesigen Schattenhaushalt verschwinden lassen. Auf öffentlichen Druck sei man scheinbar zurückgerudert, doch im Kleingedruckten des Vertrages würde von einem Sondervermögen für generationengerechte Finanzen fabuliert. Die SPD werde dafür kämpfen, dass die Operation des „Täuschens, Tricksens und Vernebelns“ scheitere. Steinmeier fragte Westerwelle, warum nun der Satz, den er als Oppositionsredner immer ge-

sagt hätte „Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen“ nicht mehr gelte. Denn jetzt sei er - Westerwelle - der Schuldenmacher der Nation. Steuersenkungen finanzierten sich nicht selbst. Das habe noch nie funktioniert, nicht bei Ronald Reagan und nicht bei Theo Waigel. Schon im nächsten Sommer würde sich zeigen, dass diese Schuldenpolitik tiefe Löcher in den Haushalt des Bundes und die Haushalte der Länder und Kommunen reißt.

#### **Spaltung zwischen Kindern mit und ohne Chancen**

Union und FDP erhöhen das Kindergeld und Kinderfreibetrag. Die Folge sei: Die Verkäuferin bekommt 240 Euro im Jahr mehr und Besserverdienende bekommen fast das Doppelte, 443 Euro. Das treibe die Schere zwischen armen und reichen Familien weiter auseinander. Aber der Grundsatz müsse heißen: Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Auch könne man das Geld nicht zweimal ausgeben. Der Ausbau der Kinderbetreuung werde deshalb zum Ende kommen. Das sei ein Salto rückwärts. Schließlich sei man in den letzten zehn Jahren auf einem guten Weg gewesen: mehr Betreuung, mehr Ganztagsbetreuung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Schwarz-Gelb setze falsche Prioritäten.

Moderne Familienpolitik könne nur da sein, wo Eltern ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Dies würde Schwarz-Gelb mit der Fernhalteprämie verraten. Anreize zu geben, dass Kinder zu Hause bleiben anstatt mit anderen zu lernen, sei angesichts der Probleme in deutschen Großstädten zynisch. Steinmeier forderte Familienministerin von der Leyen auf, die das Betreuungsgeld als bildungspolitische Katastrophe bekämpft hatte: „Wenden Sie diese Katastrophe ab!“ Dabei sicherte er ihr die Unterstützung der SPD-Fraktion zu. Es sei nötig über sozialen Aufstieg zu reden, aber noch mehr über den sozialen Einstieg. Kinder aus Zuwandererfamilien und bildungsfernen Schichten bräuchten konkrete Hilfe, Sprachtrainer, Förderlehrer und Sozialarbeiter. Deshalb könne die Antwort nur sein: Weg mit den Gebühren von der Kita bis zur Universität.

#### **Spaltung in der Gesundheitspolitik**

Die soziale Spaltung durch den Koalitionsvertrag werde nirgends so deutlich wie in der Gesundheitspolitik. Die Amerikaner schauten mit Anerkennung auf das deutsche Gesundheitssystem. Hier habe nach wie vor jeder Zugang zu medizinischen Leistungen, Menschen stünden für Menschen in diesem Gesundheitssystem ein und trügen die Kosten solidarisch. Schwarz-Gelb bringe dieses Prinzip zum Kippen, indem die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung eingefroren würden. Die Botschaft dabei sei, so Steinmeier: „Sie verlagern Risiken für die weitere Zukunft einseitig auf die Versicherten.“ Das beträfe die gerade von Union und FDP beschlossenen Erhöhungen der Arzthonorare und steigende Arzneimittelpreise. Er nenne das: Ausstieg aus der Solidarität. Die Regierung solle sich in dieser Frage auf ganz harten Widerstand einrichten.

#### **Spaltung zwischen starken und schwachen Regionen**

Schwarz-Gelb gehe es auch um eine Spaltung zwischen starken und schwachen Regionen. Hinter dem Vernebelungswort Regionalisierung ginge es neben regionalen Hebesätzen bei der Erbschaftssteuer an den Finanzausgleich zwischen armen und reichen Krankenkassen. Das möge gut für Bayern sein, aber es sei schlecht für den Osten und andere strukturschwache Regionen. Die Folgen seien dort irrsinnig hohe Beiträge oder weniger Leistungen und weniger Ärzte. Die schwarz-gelbe Regierung ruiniere so, was Deutschland in sechs Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte stark gemacht habe: den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Die Gleichwertigkeiten der Lebensverhältnisse seien in den letzten Tagen bei den Feierlichkeiten zur deutschen Einheit immer wieder unterstrichen worden. Es sei feierlich beschworen worden, dass dies ein Gebot der Verfassung ist., „Gerade deshalb dürfen wir das nicht aufgeben“, so Steinmeier.

In den Kommunen fehlten schon jetzt infolge der Wirtschaftskrise Steuereinnahmen in Höhe von sechs Milliarden Euro. Viele Kommunen stünden schon jetzt mit dem Rücken an der Wand. Das sei auch aus den Reihen der Unions-Bürgermeister und -Oberbürgermeister zu hören.

Durch die Änderungen und Prüfaufträge von Schwarz-Gelb drohe den Kommunen, dass ihnen das letzte Hemd genommen würde. Steinmeier nannte dazu die geringeren Einkommenssteuereinnahmen, das Infragestellen der Gewerbesteuer und die Einführung der Mehrwertsteuer für kommunale Unternehmen. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin, Petra Roth (CDU), spreche von einer „Demontage der kommunalen Selbstverwaltung“. Auch der Deutsche Städtetag und der Städte- und Gemeindebund teilten diese Kritik. Die Menschen würden das bitter zu spüren bekommen, denn die Gemeinden müssten Abgaben und Gebühren erhöhen. Schwarz-Gelb heiße am Ende weniger Netto vom Brutto!

### **Spaltung bei den Löhnen**

Das Verheerendste sei, dass das Land gespalten werde, in Menschen, die von ihrer Arbeit leben können und in Menschen, die mit Billiglöhnen abgespeist werden. Das Grundprinzip der Arbeitsgesellschaft sei jedoch, dass derjenige, der den ganzen Tag arbeitet, von seinem Lohn leben können muss. Schwarz-Gelb schreibe jetzt durch das angekündigte Verbot sittenwidriger Löhne, das ohnehin schon gilt, Billiglöhne von vier Euro fest. Steinmeier hinterfragte den Leistungsbegriff und das Menschenbild von Union und FDP. Hatten sie doch im Wahlkampf plakatiert: Arbeit muss sich wieder lohnen. Es sei heute entwürdigend, wenn Eltern ihren Kindern sagen müssten: Ich war zwar den ganzen Tag arbeiten, aber am Monatsende muss ich trotzdem aufs Amt. Morgen bedeute es Altersarmut. Mindestlöhne seien die richtige Antwort.

### **In dieser Regierung steckt der Wurm!**

Die schwarz-gelbe Regierung habe einen Koalitionsvertrag, aber keinen Plan. Es fehle der Anspruch und der Ehrgeiz. Es fehle ein Leitbild, wie Wohlstand und Arbeit im neuen Jahrzehnt entstehen und wie die Lasten aus der Wirtschaftskrise fair verteilt werden können. Er gab der Aussage der Kanzlerin recht: In diesem Land steckt viel. Das Problem aber sei: In dieser Regierung steckt der Wurm. „Deshalb haben Sie die schönsten Tage ihrer Regierungszeit schon hinter sich“, schloss Steinmeier an Merkel gerichtet.

### **Stimmen aus der Presse**

#### **Merkels Wette**

„Das vom Kabinett auf den Weg gebrachte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist nur ein weiteres Ausgabenprogramm, um Eltern, Erben und Hoteliers zu beglücken. ... So wächst der Schuldenberg für unsere Kinder.“ (Quelle: FAZ, 11.11.2009)

#### **Endlich wieder was los im Bundestag!**

„Endlich wieder was los im Bundestag! Weil es nach vier drögen Jahren wieder eine echte Opposition gibt, die wirklich dagegen hält - und sich nicht als der bessere Partner der Regierung andient. Und weil es einen Oppositionsführer gibt, der Frank-Walter Steinmeier heißt!“ (Quelle: Bild, 11.11.2009)

#### **Keine Lösungen in Sicht**

„Zumindest ökologisch gesehen war der Auftritt von Angela Merkel zum Start der neuen Legislaturperiode bemerkenswert. Denn selten zuvor war eine Regierungserklärung aus so viel Recyclingmaterial zusammengestoppelt. Der wohlklingende Fünf-Punkte-Plan birgt Altbekanntes: Krisenreaktion, Bürger mit Staat versöhnen, Demografie, Umwelt, Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Mit diesem Plan hätte jeder Kanzler seit 1949 antreten können.“ (Quelle: Berliner Morgenpost, 11.11.2009)

#### **Zwiespältiger Eindruck**

„Doch bislang hat die Koalition die Worthülsen mit wenig überzeugenden Inhalten gefüllt. Die konkreten Vorhaben tragen im Gegenteil den Makel der Klientelpolitik und fügen sich zu keinem schlüssigen Bild zusammen ... So hinterlässt die neue Kanzlerin einen ziemlich zwiespältigen Eindruck: Schnörkellos in der Diagnose, aber widersprüchlich in der Therapie. „Was vor uns

liegt, ist kein leichter Weg", sagt sie. Das haben die Bürger nun kapiert. Das schwarz-gelbe Ziel aber liegt für sie weiter im Nebel." (Quelle: Frankfurter Rundschau, 11.11.2009)

### **Spendabel**

„Merkel und Westerwelle wollen einfach nicht dem neoliberalen Klischee entsprechen. Sie wollen niemandem etwas nehmen, nur ihrer Klientel etwas geben: Den Selbstständigen, den gut verdienenden Angestellten, den Erben, den Hotelbesitzern, den Ärzten, den Apothekern. Krisenzeit ist eigentlich Schwarzbrotszeit. Die neue Regierung spendiert aber erst einmal Kaviar. Wenn das Zeug nur nicht so verdammt teuer wäre.“ (Quelle: Berliner Zeitung, 11.11.2009)

### **Wachstumskindergeld-Steuersenkungsbudenzauber**

„Jeder konnte spüren, dass der anfangs von der Koalition verbreitete Wachstumskindergeld-Steuersenkungsbudenzauber nicht der strengen Wirklichkeit der nächsten Jahre gerecht wird. Umso enttäuschender, dass Merkel die bitteren Wahrheiten schnell wieder beiseiteschob.“ (Quelle: Handelsblatt, 11.11.2009)

### **Stimmen aus Gewerkschaften**

DGB, Michael Sommer zur Ablehnung von gesetzlichen Mindestlöhnen

„Die ablehnende Haltung der Kanzlerin ist mehr als bedauerlich und für die Gewerkschaften nicht hinnehmbar. Gerade vor dem Hintergrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011 hätten wir uns von der Kanzlerin mehr Weitsicht gewünscht. Wir werden das Thema weiterhin auf der Tagesordnung halten. Deutschland braucht eine untere Reißleine von zunächst 7,50 Euro.“

GEW, Ulrich Thöne

"Statt Kindergeld und -freibeträge zu erhöhen sowie eine ‚Herdprämie‘ einzuführen, muss mehr Geld in die Bildungsinstitutionen fließen.“

IG Metall, Hans-Jürgen Urban

„Wenn das Gesundheitswesen zukünftig von umfassendem Wettbewerb geprägt sein soll, droht die Unterordnung von Solidarausgleich und bedarfsorientierter Versorgung unter private Gewinnerziele.“

ver.di, Frank Werneke

„Merkels Regierung sagt weiter an dem Ast, auf dem wir alle sitzen“

## **ARBEIT**

### **Beschäftigungsbrücke für junge Menschen**

Wir haben in der Fraktionssitzung am 10.11.2009 die Einbringung unseres Gesetzentwurfes zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes beschlossen und wollen damit die weitere Förderung bis zum 1. Januar 2015 festschreiben. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nach langer Lebensarbeitsleistung nicht in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden. Wir wollen Kündigungen verhindern und eine attraktive Alternative schaffen. Die Förderung ist an die Bedingung geknüpft, dass Unternehmen gleichzeitig den Jüngeren den Einstieg in das Berufsleben ermöglichen. Schwarz-Gelb hat die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit über den 31. Dezember 2009 hinaus abgelehnt. Ein großer Fehler auf Kosten junger Ausbildungsabsolventen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat weltweit in dramatischer Höhe Arbeitsplätze gekostet. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich dabei als verhältnismäßig robust erwiesen. Grund dafür ist auch

der maßgeblich von der SPD entwickelte Schutzschirm für Beschäftigung. Die relativ stabilen Zahlen vom Oktober und die vergleichsweise günstige Entwicklung sind vor allem auch darauf zurückzuführen, dass wir mit der verlängerten Kurzarbeit 1,4 Millionen Menschen vor der Arbeitslosigkeit bewahrt haben. Ohne die Entlastung durch Kurzarbeit und weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – in erster Linie Aktivierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen – wäre der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten deutlich größer ausgefallen.

### **Schneise der Verwüstung verhindern**

Und die Krise auf dem Arbeitsmarkt ist noch lange nicht durchgestanden. Wir brauchen daher unbedingt auch in den kommenden Monaten eine belastbare Beschäftigungsbrücke. Dazu gehört die Weiterführung des 24-monatigen Kurzarbeitergeldes über den Jahreswechsel hinaus. Aber nicht nur das. Vor allem darf nicht zugelassen werden, dass die geförderte Altersteilzeit zum Ende dieses Jahres ausläuft. Wir müssen verhindern, dass die Krise nicht doch noch eine tiefe Schneise der Verwüstung durch unser Land zieht.

Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind junge Menschen unter 25 und Menschen über 50. Für diese Gruppen weist die Statistik der letzten Monate einen überproportional hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Wir benötigen jetzt dringend die Beschäftigungsbrücke für jüngere Menschen. Wir müssen für Unternehmen auch weiterhin den Anreiz schaffen, an der Beschäftigung von über 50-Jährigen festzuhalten und gleichzeitig jungen Menschen eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu bieten.

Schwarz-Gelb befriedigt Klientelinteressen von Ärzten, Anwälten, Erben und Hotelketten. Die von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Leute geraten aus dem Blick. Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich zu handeln!

## **FINANZEN**

### **Zukunftsverhinderungsgesetz**

Mit dem Entwurf zum sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz präsentiert Schwarz-Gelb den Menschen in Deutschland einen ungedeckten Scheck. Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges.

Auch ohne die ursprünglich geplante Schulden-Trickserei mit einem neuen Sondervermögen bleibt das sogenannte Sofortprogramm der neuen schwarz-gelben Regierung eine dreiste Mogelpackung und ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist nicht zielführend. Mit den Maßnahmen, die beschlossen werden sollen, wird eine Wachstumsbeschleunigung nie und nimmer zu erreichen sein. Im Gegenteil, sie sind fatal für das Steueraufkommen in Deutschland und damit für die Finanzierung des Gemeinwesens.

#### **Dreister Etikettenschwindel**

Gleich in mehrfacher Hinsicht betreibt Schwarz-Gelb Etikettenschwindel: Gemessen am Finanzvolumen besteht der größte Teil des Sofortprogramms aus Maßnahmen, die bereits die Große Koalition beschlossen hat und nicht die neue Regierung, so etwa die umfassende Entlastung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von der Einkommensteuer. Bei dem für den 1. Januar 2010 angekündigten Wachstumsprogramm mit Steuerentlastungen in Höhe von 21 Milliarden Euro handelt es sich um einen klaren Etikettenschwindel. 14 Milliarden Euro davon stehen bereits im Bundesgesetzblatt – durchgesetzt von der alten Regierung aus SPD und Union. Das ist schon sehr dreist: Die neue Regierung behauptet, nur mit ihr komme Deutschland schnell aus der Wirtschaftskrise – und das, was sie dazu vorschlägt, hat Merkel weitge-

hend noch mit der SPD gemacht. Als Nächstes werden Merkel, Westerwelle und Seehofer behaupten, der wirtschaftliche Aufschwung in 2010 sei ihrer, weil er auf „ihr“ Programm zurückgehe.

### **Reine Klientelpolitik**

Von den zusätzlichen Maßnahmen der neuen Regierung wird kaum eine nennenswerte Wachstumswirkung ausgehen. Dazu ist ihr Gesamtvolumen viel zu klein. In der Einzelbetrachtung geht es bei der Auswahl der Maßnahmen weniger um Wachstum als vielmehr um Klientelbediening. Steuergeschenke werden an Steuerberater, Ärzte, Erben und Hotelketten verteilt. Von den geplanten Steuersenkungen profitieren hohe Einkommen am meisten – auch bei der Familienförderung. Die drohenden Abgabenlasten treffen Haushalte mit geringem Einkommen am schärfsten.

### **Rechnung für die Steuergeschenke folgt nach der NRW-Wahl**

Auch mit Blick auf die kommenden Jahre wird das Paket die Spielräume der öffentlichen Haushalte nicht vergrößern, sondern verkleinern. Die zusätzlichen Steuerausfälle erhöhen den Konsolidierungsbedarf, der sich aus den Regeln zur Schuldenbegrenzung ab 2011 ergibt. Allein durch Einsparungen ist eine Konsolidierung nicht zu bewältigen. Die neue Regierung muss also kürzen und zugleich die Einnahmen erhöhen, sei es durch höhere Steuern oder höhere Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit wird dann den Menschen in Deutschland die Rechnung der Steuergeschenke von Merkel und Westerwelle für die Vermögenden und Besserverdienenden präsentiert.

### **Kommunalfeindliche Politik**

Die von Schwarz-Gelb ausgelösten Steuerausfälle treffen nicht nur den Bund. Länder und Kommunen werden von hohen Steuerausfällen bedroht (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 1,1 Milliarden Euro jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 6 Milliarden Euro jährlich). Obendrein schwebt über den Kommunen noch das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer. Schwarzgelb macht kommunalfeindliche Politik. Das kommunale Investitionsprogramm wird konterkariert. Der von der SPD erweiterte Handlungsspielraum für Betreuung, Bildung und Integration ist bedroht.

### **Unverantwortlicher Umgang mit Geld**

Mit dem vorgelegten Zukunftsverhinderungspaket zeigen CDU, CSU und FDP in außerordentlicher Weise, dass sie nicht mit Geld umgehen können. Der Schuldenberg insbesondere für den Bund wird in dramatischer Weise vergrößert, kommenden Generationen werden unverantwortliche Lasten aufgebürdet. Selbst die unionsregierten Länder rennen gegen die angekündigten Steuersenkungen an, weil auch sie diese finanziell nicht verkraften können.

## **KOMMUNALES**

### **Fraktion fordert kommunalpolitischen Ausschuss**

Einstimmig hat die SPD-Bundestagsfraktion in der Fraktionssitzung vom 10.11. beschlossen, die Einrichtung eines kommunalpolitischen Ausschusses im Deutschen Bundestag zu fordern. Angesichts der Finanzkrise und der zusätzlichen kommunalen Belastungen, ist eine ausführliche und gründliche Erörterung der kommunalrelevanten Gesetzesvorhaben dringend notwendig.

Wer, wie die schwarz-gelbe Koalition, den Kommunen die Gewerbesteuer nehmen will, und ihre gemeinwohlorientierten Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Mehrwertsteuer belastet, offen-

bart seine kommunalfeindliche Haltung. Ebenso bezeichnend ist der Vorschlag dieser Regierung, die sozialen und Umweltkomponenten wieder aus dem Vergaberecht entfernen zu wollen. Da hilft auch nicht das Pflaster der Kindergelderhöhung, die die bedürftigen Familien unseres Landes nicht erreicht. Dieses Geld gehörte in die soziale Infrastruktur. Deshalb ist die Einrichtung eines kommunalpolitischen Ausschusses, zumindest eines Unterausschusses, im Bundestag notwendig.

Starke, selbstverwaltete Kommunen bieten die Grundlage zur Entwicklung einer gesellschaftlich verantwortungsbewussten, offenen, toleranten und auf Verantwortung beruhenden Lebenseinstellung aller unserer Bürgerinnen und Bürger. Städte, Landkreise und Gemeinden vermitteln auch das, was landläufig mit „Heimat“ bezeichnet wird. Alleine daher ist es eine der hervorzuhebenden Aufgaben auch von Bundespolitik, die Lebensqualität in den Kommunen zu bewahren und zu stärken.